

# Containerdorf Ensdorf verfestigt die Ausgrenzung von Geflüchteten Von Bouillon bis Jost – der strukturelle Rassismus bleibt



## Ein Positionspapier des Saarländischen Flüchtlingsrates e.V.

Zum Jahreswechsel ist im Saarland eine mediale Diskussion um das geplante Containerdorf in Ensdorf zur Unterbringung von Geflüchteten entbrannt. Im Fokus steht dabei die saarländische Aufnahmepolitik und die angespannte Situation in den Kommunen. Der Saarländische Flüchtlingsrat kritisiert entschieden Innenminister Reinhold Jost (SPD), der das Containerdorf als Lösung für die Aufnahme von Geflüchteten verkauft und nicht bereit ist, allen Schwierigkeiten zum Trotz nach alternativen Lösungen zu suchen. Dass er zusätzlich noch die Kritik daran als „Fubbes“ abtut, offenbart sein Demokratieverständnis. So ist die Entscheidung des Innenministeriums für das Containerdorf ein weiterer Baustein in einer desolaten und unmenschlichen Flüchtlingspolitik, die sich in der Tristesse des Lagers Lebach genauso zeigt wie in den routinierten Abschiebungen, dem Nicht-Arbeiten der Zentralen Ausländerbehörde oder der bürokratischen Sabotage des Rechtsanspruchs auf Familienzusammenführung.

## Das Containerdorf ist keine Lösung – aufgebaut wird es trotzdem

Beim geplanten Ensdorfer Containerdorf handelt es sich um eine Dependance des Lagers Lebach, obwohl solche Dependancen von Innenminister Jost noch im Oktober 2022 abgelehnt wurden. So meldete die Saarbrücker Zeitung vom 7. Oktober 2022: *„Unterdessen lehnt Innenminister Reinhold Jost (SPD) die Einrichtung von Landesdependancen für Flüchtlinge ab. Die seien irgendwann ebenfalls voll: ‚Die Folge sind immer mehr Dependancen. Das kann langfristig nicht die Lösung sein.‘ Sein Ministerium arbeite viel mehr an Förder-Programmen für privaten Wohnraum.“*

Wir dachten, der Minister sei auf dem richtigen Weg. Doch keine drei Wochen später meldete BILD Saarland am 25. Oktober 2022, dass auf dem Gelände der ehemaligen Grube Duhamel in Ensdorf ein voll ausgestattetes Containerdorf für 300 Geflüchtete errichtet werden soll.

Die ganze Anlage umfasst rund 7000 m<sup>2</sup> und wurde auf einer Industriebrache des Bergbaus errichtet. Neben einer großen Gemeinschaftshalle und sanitären Anlagen gibt es 104 Kleincontainer mit 14,5 m<sup>2</sup> „Wohnfläche“. Das Gelände ist mit Maschendraht umzäunt, der im oberen Bereich mit zwei Reihen Stacheldraht gesichert ist. Geplant ist außerdem, dass im Containerdorf ein Sicherheitsdienst 24 Stunden im Einsatz ist. Insgesamt entstehen laut Medienberichten Kosten von mindestens 9,7 Millionen €.

## Teilhabe statt Ausgrenzung

Die Entscheidung für das Containerdorf ist die Entscheidung für die alte Bouillonsche Abschreckungspolitik gegenüber Geflüchteten. Im Containerdorf wird das Sachleistungsprinzip herrschen. Es wird weder Privatsphäre noch die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe geben: Faktisch ein Unort zur Zwischenlagerung von Geflüchteten, die unter der Fuchtel eines Sicherheitsdienstes schon optisch vom Rest der Gesellschaft isoliert werden. Politisch ist dieses Projekt eine fatale Entscheidung. Statt der von uns seit Jahren geforderten asylpolitischen Abrüstung wird die Ausgrenzung von Geflüchteten weiter festgeschrieben. Eine Politik, die sich an Menschenrechten, Selbstbestimmung und dem Prinzip einer offenen Gesellschaft orientiert, ist mit dem Containerdorf in Ensdorf und dem Flüchtlingslager Lebach unvereinbar. Und niemand soll mit dem Argument „temporär“ kommen. Wir kämpfen seit 2004 gegen die krankmachende Unterbringung von Geflüchteten im Lager Lebach, das bis jetzt noch von allen Landesregierungen mitgetragen wurde.

## **Hausgemachte Probleme**

Und damit sind wir schon beim springenden Punkt: Als Grund für das Containerdorf wird angegeben, dass das Lager Lebach überlastet sei. Dieses Problem ist aber hausgemacht, da das Lager Lebach nicht nur Erstaufnahmeeinrichtung ist, sondern seit Jahren als Daueraufenthaltsstätte für Geflüchtete regelrecht missbraucht wird. Viele Menschen müssen dort jahrelang wohnen; vereinzelt gibt es Aufenthaltszeiten von 10 und mehr Jahren. Zuletzt hatte der Saarländische Flüchtlingsrat vor eineinhalb Jahren in einer Anfrage nach dem Saarländischen Informationsfreiheitsgesetz beim saarländischen Innenministerium die Aufenthaltszeiten im Lager Lebach erfragt. Damals lebten von insgesamt 949 Geflüchteten 461(!) länger als ein Jahr dort. Das ist eine Quote von rund 50 Prozent.

Der Saarländische Flüchtlingsrat fordert deshalb eine Begrenzung der Aufenthaltszeiten im Lager Lebach auf maximal drei Monate zur Erstorientierung, danach eine Verteilung aller Geflüchteten auf die Kommunen und Geld statt Sachleistungen. Und zwar unabhängig von der sogenannten Bleibeperspektive, auf die sich Innenminister Jost beruft. Diese tendenziöse Wortschöpfung lehnen wir ab, weil sie dem Individualrecht auf Asyl widerspricht und Geflüchtete in Asylsuchende erster und zweiter Klasse einteilt.

## **Doppelte Standards: Vom Kulturkreis zum Rechtskreis**

Im Containerdorf sollen zum Beispiel Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan untergebracht werden, aber keine ukrainischen Geflüchteten. Innenminister Jost begründete dies im SR3-Radio am 30.12.2022 so: „*Die kommen aus einem anderen Rechtskreis.*“ Ach so! Sozusagen vom „Kulturkreis“ zum „Rechtskreis“ und damit zu doppelten Standards. Der Verweis auf die zugrundeliegende Entscheidung der EU ändert nichts am Rassismus, der hier faktisch durch Politik und Verwaltung praktiziert wird.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Der Saarländische Flüchtlingsrat findet es richtig, dass ukrainische Geflüchtete direkt auf die Kommunen verteilt werden, ohne längeren Aufenthalt im Lager Lebach und ohne Aufenthalt im neuen Containerdorf in Ensdorf. Ukrainische Geflüchtete müssen weiterhin kein langwieriges Asylverfahren durchlaufen und haben direkten Zugang zu Arbeit, Sozialleistungen und Integrationskursen. Tatsächlich wären wir einen deutlichen Schritt weiter in Richtung Solidarität und Willkommen, wenn dies für alle Geflüchteten Standard wäre.

## **Schätzungsweise 23.000 Wohnungen stehen im Saarland leer**

Die Überlastung der Kommunen ist eine seit Jahren wiederkehrende Diskussion in Zeiten hoher Zuwanderung. Auch 2015 wurde viel von „Notstand“, „dramatischer Lage“ und dass die Kommunen „mit dem Rücken zur Wand stehen“ gesprochen. Das Dramatisieren der Lage ist - ob gewollt oder nicht - kompatibel mit rassistischen Bedrohungsszenarien und spielt direkt rechtspopulistischen Parteien in die Hände (Stichwort: „Das Boot ist voll“).

Keine Frage, die Situation in den Kommunen ist schwierig, insbesondere was den aktuell verfügbaren sozialen Wohnraum betrifft. Doch dieses Problem ist gleichfalls hausgemacht und ein Ergebnis falscher politischer Entscheidungen der Vergangenheit. Statt öffentlich geplanter und geförderter Wohnungspolitik standen seit den 1990er Jahren überall in der Republik die Zeichen auf neoliberale Deregulierung und Ausstieg der öffentlichen Hand aus der sozialen Wohnungspolitik. Heute ist das Saarland beim Bestand und beim Neubau von Sozialwohnungen bundesweites Schlusslicht.

Gleichzeitig gibt es im Saarland im privaten Bereich einen enorm hohen Leerstand von Wohnungen. Ende 2021 lag die Leerstandsquote auf dem Wohnungsmarkt im Saarland bei 4,4 Prozent bei insgesamt 531,3 Wohnungen je 1000 Einwohner. Es geht hierbei um Wohnungen, die sofort vermietbar oder mittelfristig (in weniger als sechs Monaten) vermietbar wären. (Quelle:

Statista Research Department, 13.12.2022). Ausgehend von diesen Zahlen kommen wir auf einen (geschätzten) Leerstand von rund 23.000 Wohnungen. Es liegt auf der Hand, dass es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Land und Kommunen braucht, um diesen Leerstand für alle, die Wohnraum brauchen, nutzbar zu machen.

## **Dankbare Flutopfer, undankbare Geflüchtete**

Die Container in Ensdorf stammen aus Mendig (Saarbrücker Zeitung vom 24. Oktober 2022). O-Ton Innenminister Jost im bereits zitierten SR3-Interview: *„Diese Container waren voller Dankbarkeit von den Opfern der Flutkatastrophe im Ahrtal vorher über viele Monate hinweg in Anspruch genommen worden.“* Hier wird das rechte Narrativ von den undankbaren Geflüchteten bedient. Entsprechend schallt es aus den sozialen Medien: *„Anspruchsdenken“, „sollen froh sein, wenn sie ein Dach über dem Kopf haben“, „können froh sein, wenn sie Unterkunft und Verpflegung in sicherer Umgebung erhalten“, „fehlt etwa der Luxus?“, „ein wirklich echter Flüchtling hat damit keine Probleme“* usw.

Geflüchtete haben sich aus existenziell unhaltbaren Verhältnissen auf den Weg gemacht. Keiner von ihnen ist freiwillig geflohen. Und wer fliehen muss, hat einen Anspruch auf Schutz. In einem reichen Land wie Deutschland sollte mehr drin sein als Industriebrache, Container und Sicherheitsdienst. Und wenn es gar nicht anders geht, können vorübergehend Kapazitäten in Pensionen, Hotels oder Jugendherbergen angemietet werden, wie es momentan der Fall ist.

Nebenbei: Die Dankbarkeit der Opfer der Flutkatastrophe hielt sich ziemlich in Grenzen. Zu Beginn wollte ins Mendiger Containerdorf „kaum jemand einziehen“, wie der SWR am 13. August 2021 berichtete und später waren dort nie mehr als 98 Menschen untergebracht. Bereits nach neun Monaten war die ganze Sache vorbei.

## **„Menschenrechte nicht nach Kassenlage“**

Das Motto des Saarländischen Flüchtlingsrates stammt von Magnus Jung (SPD). Das war vor elf Jahren und die SPD Saar war noch in der Opposition. Zusammen mit dem Saarländischen Flüchtlingsrat forderte die Partei damals, die Verweildauer im Lager Lebach deutlich zu begrenzen und bei der Versorgung auf Geldleistungen umzustellen. Heute ist Magnus Jung Sozialminister einer SPD-Alleinregierung, die schamlos Lagerunterbringung und Sachleistungsprinzip weiter praktiziert.

Für den Saarländischen Flüchtlingsrat ist die Aufnahme von Geflüchteten keine finanzielle Frage oder die eines guten Krisenmanagements. An der Aufnahme von Geflüchteten wird deutlich, inwieweit sich Politik und Gesellschaft insgesamt an Menschenrechten orientieren. Deshalb appellieren wir in aller Dringlichkeit an die SPD-Landesregierung, das Containerdorf in Ensdorf nicht in Betrieb zu nehmen und das Lager Lebach in seiner jetzigen Form aufzulösen. Da die Aufnahme von Geflüchteten Ländersache ist, wäre dies ohne weiteres machbar.

## **Menschenwürdige Unterbringung statt in Containern**

### **Auflösung des Flüchtlingslagers Lebach in seiner jetzigen Form – maximal drei Monate Aufenthalt zur Erstorientierung**

### **Wohnungen in den Kommunen für alle Geflüchteten**

### **Geld- statt Sachleistungen für alle Geflüchteten**

Saarlouis, 29.01.2023